

„Höchstleistung durch gute Beziehungen“

Gemeinwohl. Die Idee für eine wirtschaftliche Systemalternative.

KARIN ZAUNER

Der Gewinn ist das entscheidende Kriterium für unternehmerischen Erfolg. Attac-Mitbegründer Christian Felber erklärt im Interview mit den SN, warum letztlich nicht nur das Geld stimmen muss.

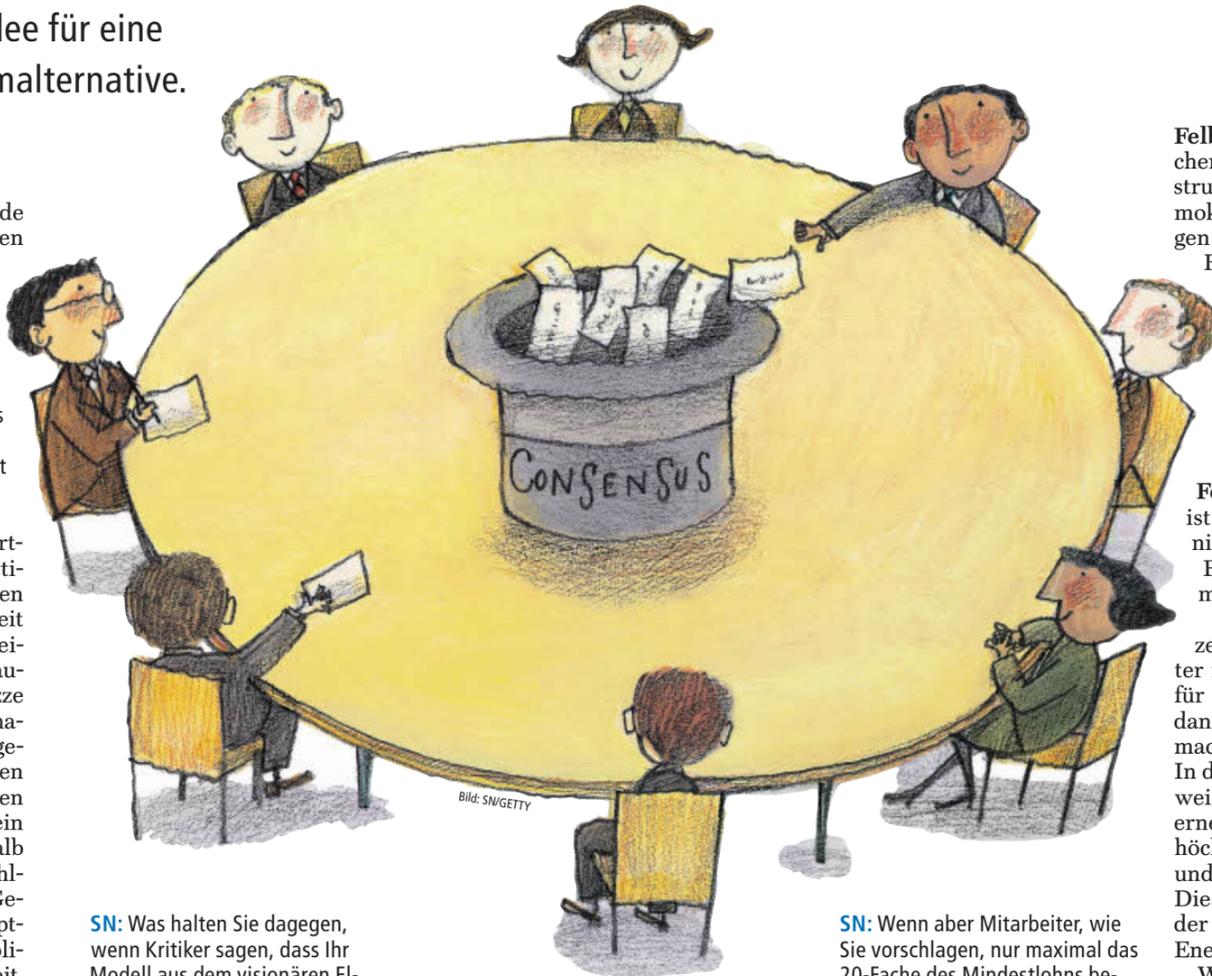
SN: Warum mussten Ihre bereits publizierten „Neuen Werte für die Wirtschaft“ weiterentwickelt werden? Reichen diese nicht aus?

Felber: „Neue Werte für die Wirtschaft“ ist vorwiegend ein analytisches Buch: Warum versprechen alle mit der Wirtschaft Freiheit und warum zerstört sie gleichzeitig so viel Freiheit? Aus der genauen Analyse folgte die Grobskizze einer Alternative. Daraufhin haben sich viele Unternehmer gemeldet und gesagt: Wir brauchen diese Weichenstellung. Wir haben dann gemeinsam das Modell fein ausgearbeitet und nach eineinhalb Jahren den Namen Gemeinwohlökonomie gefunden – mit der Gemeinwohlbilanz als neuem Haupterfolgsmesser auf der betrieblichen Ebene. Jetzt sind wir so weit, dass wir das einer breiten Öffentlichkeit anbieten wollen.

Zur Person

Streitbarer Querdenker

Christian Felber, 37, ist internationaler Vortragender, Lektor an der Wirtschaftsuniversität Wien und Tänzer. Er ist Mitbegründer der globalisierungskritischen Attac. Die offizielle Präsentation seines Buchs „Die Gemeinwohlökonomie“ (Verlag Deuticke, 144 Seiten, 16,40 Euro) findet am 21. September in Wien im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum statt.



SN: Was halten Sie dagegen, wenn Kritiker sagen, dass Ihr Modell aus dem visionären Elfenbeinturm kommt?

Felber: Hinter einer Vision steckt immer ein tiefer Nachdenkprozess, in dem man sich von der zeitigen Realität abheben muss. Aber gleichzeitig bin ich gut in der Unternehmerschaft verankert, weil ich eineinhalb Jahre mit Unternehmern am Tisch gesessen bin und alle Eckpunkte durchgekaut habe.

SN: Sie proklamieren für Unternehmen eine Gemeinwohlbilanz. Wie wollen Sie an und für sich weiche Faktoren wie soziale Verantwortung oder Solidarität gegenüber Stakeholdern zu messbaren harten Kriterien machen?

Felber: Wir messen das, was sich die Menschen von Unternehmen wünschen und erwarten. Da kommt auf der ganzen Welt immer das Gleiche heraus: Mitbestimmung, soziale Verantwortung, ökologische Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Die kann man einfach messen: Bei der Mitbestimmung schaue ich, ob es sie gibt, bei der Verteilungsgerechtigkeit, wie

hoch das Verhältnis zwischen denen ist, die das meiste verdienen und denen, die das wenigste verdienen. Ich kann schauen, wie viele Frauen in der Führungsebene sind, den Anteil ökologischer Vorprodukte messen, oder auch das subjektive Wohlbefinden. Für alle weichen Faktoren gibt es heute gut entwickelte Messinstrumente.

SN: Das klingt nach hohem bürokratischen Aufwand.

Felber: Was einem wichtig ist, dem muss man Zeit und Liebe widmen. Für gegenseitiges Verstehen muss viel Zeit verwendet werden. Das ist keine verschwendete Energie. Denn der Lohn ist laut neurobiologischer Forschung das höchste Glück, das Gelingen von Beziehungen. Das macht uns glücklicher als alles andere und es motiviert uns stärker. Menschen bringen dann höchste Leistungen, wenn sie sich in Beziehungen wohl fühlen. Sie leisten mehr als in jeder anderen Beziehungsform, insbesondere der Konkurrenz.

SN: Wenn aber Mitarbeiter, wie Sie vorschlagen, nur maximal das 20-Fache des Mindestlohns bekommen können, hemmt das nicht die Leistungsbereitschaft vor allem der Leistungsträger?

Felber: Es ist mehrfach widerlegt, dass Geld der stärkste Motivationsfaktor ist. Studien aus der Glücksforschung besagen, dass es oberhalb des 20-Fachen des Mindestlohns keinen Zusammenhang mehr zwischen mehr Geld und mehr Zufriedenheit gibt. Laut Studien leistet ein Team dann am meisten, wenn alle am guten Erfolg zu gleichen Teilen beteiligt werden. Wer mehr arbeitet und mehr Verantwortung trägt, bekommt natürlich mehr. Doch eben höchstens das 20-Fache. Da beginnt dann schon die Demotivation innerhalb der Gruppe. Viele empfinden das schon als ungerecht. Und Ungerechtigkeit führt zur Abwertung der anderen und zu Neid; beides kränkt und bedingt weniger Leistung.

SN: Wenn Großunternehmen teilweise oder ganz ins Eigentum der Öffentlichkeit übergehen, unterstehen sie doch unmittelbar dem

Einfluss der Politik. Wenn man sich die gegenwärtige Situation etwa bei den ÖBB ansieht, kann das doch nicht Ihr Wunsch sein?

Felber: Ich bin ein leidenschaftlicher Kritiker der ÖBB-Führungsstruktur. Daher will ich eine Demokratisierung anstelle der völligen Privatisierung, das heißt, die Regierung hat nichts mehr mitzureden. Denn das Unternehmen gehörte dann zur Gänze der Bevölkerung. Es würde vollkommen auf eine demokratische Organisationsstruktur umgestellt werden.

SN: Und wie funktioniert das?

Felber: Mein Lieblingsbeispiel ist der Stromversorger im kalifornischen Sacramento. Dessen Führung ist seit 1946 direkt demokratisch bestellt. Weder Gouverneur Arnold Schwarzenegger noch der Bürgermeister reden dort mit. Die Bewerber für die Führungsriege haben nur dann eine Chance, wenn sie das machen, was die Bevölkerung will. In diesem Fall ist das erfreulicherweise der größtmögliche Anteil erneuerbarer Energieträger, die höchstmögliche Energieeffizienz und der bestmögliche Service. Dieser Energieversorger ist einer der beliebtesten und grünsten Energieversorger in den USA.

Wenn man das auf die ÖBB und Post überträgt, dann wären diese Betriebe wirklich für die Menschen da, denn die wissen, was sie von der Bahn und Post wollen. Betriebe mit mehr als 5000 Mitarbeitern sollten nicht zu 100 Prozent vergesellschaftet werden, sondern zu 50 Prozent, die andere Hälfte soll der Belegschaft gehören.

SN: Was muss für einen Wandel geschehen?

Felber: An der Basis findet bereits eine Umorientierung statt. In den Entscheidungshierarchien verhärtet sich hingegen das System. Das ist aber auch der Knackpunkt. Weil sich das System verhärtet, wird das Machtgefälle größer, das System wird starrer, das ist sein Untergang. So wie es 1989 mit dem Eisernen Vorhang war.

SN: Wie lang wird es dauern, bis Ihre Idee Platz greift?

Felber: Erste Unternehmen wollen die Gemeinwohlbilanz sofort freiwillig anwenden; die gesetzliche Vollumsetzung des Modells könnte 20 bis 30 Jahre dauern.

WIRTSCHAFT KOMPAKT

EU-Finanzmarktsteuer steht auf der Kippe

BRÜSSEL (SN). Die von Deutschland geforderte europäische Finanzmarktsteuer könnte ein Rohrkrepierer werden: Neben einzelnen Mitgliedsstaaten hat auch die EU-Kommission erhebliche Vorbehalte gegen das Instrument, wie eine Sprecherin am Dienstag sagte. Sie dementierte indes Medienberichte, wonach sich Brüssel schon gegen die Steuer entschieden habe. „Es gibt ein Gutachten, in dem Vor- und Nachteile des Instruments analysiert werden“, sagte Kommissionssprecherin Maud Scelo. Der für Steuern zuständige Kommissar Algirdas Semeta wolle mit den EU-Finanzministern am 7. September das weitere Vorgehen festlegen. Es wird befürchtet, die Steuer könnte die Finanzierungskosten für Unternehmen und Staaten in die Höhe treiben, aber auch Kursausschläge an den Börsen verstärken.

In den Supermärkten könnten vermehrt ausländische Produkte in die Regale kommen, wenn österreichischer Wein zu teuer wird.

Bild: SN/DPA/FRANK MAY



Weniger Wein, höhere Preise

WIEN (SN). Die heurige Weinernte wird wegen der schwierigen Witterung so gering ausfallen wie seit mehr als zehn Jahren nicht mehr. Erste Schätzungen gehen von deutlich unter zwei Mill. Hektolitern aus. So wenig waren es zuletzt 1997 mit 1,84 Mill. Hektolitern. Von der Qualität her wird aber ein sehr guter Jahrgang erwartet – „wenn das Wetter nicht

weiter so verrückt spielt“, sagte Weinbauverbandspräsident Josef Pleil am Dienstag. Nach dem verregneten Sommer hofft man auf einen warmen und sonnigen Herbst. Die kleine Weinernte bringt freilich höhere Preise. Wie sich höhere Traubenpreise auf die Konsumentenpreise generell auswirken würden, könne man nicht abschätzen, sagt Pleil.

„11 88 99“ ist in die Insolvenz geschlittert

WIEN (SN). Österreichs erste private Telefonauskunft „11 88 99 Alles Auskunft“ ist pleite. Das Handelsgericht Wien hat das Konkursverfahren über das Unternehmen mit Sitz in Wien eröffnet. Das teilte der Kreditschutzverband von 1870 (KSV) am Dienstag mit. Nähere Angaben, insbesondere zur Höhe der Aktiva und Passiva sowie zu der Anzahl der Dienstnehmer und den Insolvenzursachen lagen derzeit noch nicht vor. Ob der Betrieb fortgeführt oder liquidiert wird, sei aufgrund der dünnen Informationslage „derzeit völlig offen“, hieß es beim KSV. Größter Aktionär von „Alles Auskunft“ ist mit 33,06 Prozent die M & A Real Consult von Thomas Hönigsberger, dem Schwiegersohn des Billa-Gründers Karl Wlaschek. Hönigsberger ist auch Aufsichtsratschef des Telefondienstleisters.

ZAHL DES TAGES

100.000

Die Spritpreisdatenbank des ÖAMTC feiert ihr Zehn-Jahre-Jubiläum. Die Onlineplattform zur Suche nach dem günstigsten Spritpreis bei nahe gelegenen Tankstellen wird mittlerweile monatlich von rund 100.000 Personen genutzt und über drei Millionen Mal abgefragt. Das Softwareprogramm „Billig Tanken“ für das Apple-iPhone wurde rund 120.000 Mal installiert, so die Bilanz des Automobilclubs. Mit dem Handy-App „Billig Tanken“ können Preise gemeldet und abgefragt werden. Interessierte melden sich auf www.oamtc.at an, wählen die betreffende Tankstelle über die Suchfunktion und tragen dann die neuen Preise über den Button „Spritpreis melden“ ein.